

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

20.10.1927 (No. 244)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Ergebnis:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verleger:
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. u. H.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM, einjähr. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Rücksendungen karlsruher Robat, der als Kassensabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Kontroversverfahren fällt der Robat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Monatsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Fürsorgelasten der badischen Städte

Von Direktor Gheiler, Freiburg i. Br.

Für Notleidende zu sorgen, war immer Ehrenpflicht der Gemeinden. Die Fürsorge erstreckte sich vor dem Kriege im wesentlichen auf Ortsarme, Kranke und Jugendliche. In der Kriegs- und Nachkriegszeit erweiterte sich der Kreis der Fürsorgeaufgaben ganz erheblich, ohne daß die Gemeinden einen Einfluß auf die Ausdehnung der Sozialbetreuung erhielten. An Stelle der früher geübten Einzelfürsorge trat die Bekämpfung von Massennotständen. Während der Inflationszeit mußten weitere Bevölkerungskreise neu in die gemeindliche Fürsorge aufgenommen werden, nämlich die Sozial- und Kleinrentner. Gleichzeitig schwand die Leistungsfähigkeit der Träger der Sozialversicherung und der freien Wohlfahrtspflege, die früher die Gemeinden in einer gewissen Arbeitsteilung mannigfaltig entlastet hatten.

Der Umfang der öffentlichen, den Gemeinden gegenwärtig gesetzlich obliegenden Fürsorge läßt sich nach der Denkschrift des Deutschen Städtetags: „Städte, Staat, Wirtschaft“ (Seite 69) folgendermaßen umschreiben: Auf den Gemeinden ruht die gesamte Last der sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene und die ihnen auf Grund der Versorgungs-gesetze Gleidstehenden, ferner die Fürsorge für die Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung, soweit sie nicht den Versicherungsträgern obliegt, die Fürsorge für die Kleinrentner und die ihnen Gleichstehenden, die Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige, die Wochenfürsorge und Armenfürsorge. Auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrt haben die Städte als Träger der Jugendämter den Schutz der Pflegekinder durchzuführen, die Aufgaben der Amtsvormundschaft zu erfüllen, die Schulaufsicht zu üben, bei der Fürsorgeerziehung mitzuwirken und anderes mehr. Auch bei der Bekämpfung der Tuberkulose, des Alkoholismus und der Geschlechtskrankheiten haben sie in weitgehendem Maße mitzuwirken. Als Fürsorge im weiteren Sinn haben die Gemeinden wichtige Aufgaben im Arbeitsnachweiswesen, in der Berufsberatung, in der Lehrstellenvermittlung, in der Erwerbslosenfürsorge, im Wohnungswesen und auf anderen Gebieten zu erfüllen.

Alle Fürsorgetätigkeit wird letzten Endes im Interesse des gesamten Volkes und der gesamten Wirtschaft ausgeübt, um das Leben und die Arbeitskraft der Bevölkerung zu erhalten. Es heißt die Zusammenhänge erkennen, wenn von den Wirtschaftsverbänden immer wieder verlangt wird, daß die Soziallasten in wirtschaftlich schwierigen Zeitaltern eingeschränkt werden. Dann gerade müssen die Gemeinden erhöhte Aufwendungen machen.

Der Voranschlag der Stadt Freiburg für das Rechnungsjahr 1927/28 enthält eine aufschlußreiche Gegenüberstellung des Fürsorgeaufwands in den größeren badischen Städten in den Rechnungsjahren 1913 und 1926, welche in weiteren Kreisen Beachtung verdient. Danach beliefen sich im Jahre 1913 die Fürsorgeausgaben (Armenausgaben) der Stadt Freiburg auf 316 676 Mark, denen eigene Einnahmen von 57 128 Mark gegenüberstanden, so daß von der Stadtkasse ein Zuschuß von 259 548 Mark oder auf den Kopf der Bevölkerung 3,11 Mark zu leisten waren. Von den Einnahmen aus Gemeindesteuern entfielen auf den Armenaufwand 8,16 v. H. In der Nachkriegszeit ist zur allgemeinen Fürsorge die Fürsorge für Klein- und Sozialrentner, Minderjährige, Kriegsbeschädigte und die Jugendfürsorge hinzugekommen, wodurch den Gemeinden schwere neue Lasten auferlegt wurden. Für die Jahre 1925, 1926 und 1927 ergibt sich für die Stadt Freiburg hinsichtlich der Fürsorge folgendes Gesamtbild:

	1924	1925	1926	1927 (Voranschlag)
Gesamtausgaben	2 344 400	3 190 500	4 447 300	4 519 500
darunter				
Allgem. Fürsorge	1 032 500	1 329 300	2 239 600	1 949 700
Schobene	1 211 900	1 861 200	2 212 700	2 569 800
Eigene Einnahmen	515 800	596 800	636 600	447 600
Landesfürsorgeanteil	382 500	548 300	686 900	763 700
Zuschuß der Stadtkasse	1 446 100	2 045 400	3 128 800	3 308 200

Berliner Tagesbericht

Der Arbeitsplan des Reichstags — Morgen Besoldungsvorlage — Die Verhandlungen im Braunkohlenstreik — Die Länder und die Kosten der Besoldungserhöhung — Der Reichsfinanzminister und die Zentrumspartei. (Eigener Bericht der „Karlsruher Zeitung“)

M. Berlin, 20. Okt. (Priv.-Tel.)

Nach dem (an anderer Stelle dieses Blattes mitgeteilten) Arbeitsplan, den der Ältestenrat des Reichstags heute aufgestellt hat, soll die erste Lesung des Schulgesetzes noch heute beendet werden, so daß dann der Entwurf an die Kommission verwiesen wird. Die morgige Sitzung soll der Besoldungsvorlage vorbehalten bleiben. Ob sie ausreicht, erscheint allerdings zweifelhaft. Dazu sollen noch die bekannten anderen Gegenstände und Interpellationen erledigt werden.

Soweit man bisher die Dinge überblicken kann, sind die Aussichten für die Beilegung des Braunkohlenkonflikts gut, aber nicht überwältigend. In den Einigungsverhandlungen, die heute begonnen haben, haben beide Parteien noch ziemlich stark an den ursprünglichen Forderungen festgehalten, unter denen ein Kompromiß kaum denkbar wäre. Sollte es nicht zu einem Kompromiß kommen, so würde der Schlichter Brunn von sich aus einen Schiedsspruch zu fällen haben, den nachher das Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklären könnte. Das würde aber immerhin einige Zeit in Anspruch nehmen, und in diesem Fall würde auch wohl der Reichstag die sozialdemokratische Interpellation noch behandeln müssen.

Der eigentliche Kern der ganzen politischen Lage ist im jetzigen Augenblick die Besoldungsfrage. Indirekt wird sie vielleicht auch bei den Besprechungen behandelt, die heute vormittag die Finanzminister der Länder mit dem Reichsfinanzminister Dr. Brücker und der Reichsbank über die Zulassungsstelle für Auslandskanäleisen und die ihr zu gebenden Richtlinien fortgesetzt haben. Aber nur indirekt, zum eigentlichen Thema, gehört die Besoldungsfrage hier nicht, und es macht auch nicht den Eindruck, als ob man diesen Konflikt nebenher erledigen könne.

Im Gegenteil man muß befürchten, daß die Krise, welche durch die Besoldungsvorlage und daran anschließend sich aus der Frage des Finanzausgleichs ergab, noch an Schärfe zugenommen habe. Es sind diesmal nicht die Bayern, die das Wort geführt haben, sondern im Zentrum haben sich gegensätzliche Strömungen bemerkbar gemacht. Nach Mitteilungen der Blätter — die allerdings nicht die wahren Verhältnisse aufzunehmen sind, da naturgemäß über die Einzelheiten Stillgeschwiegen gewahrt wird — ist es dabei sogar zu einem Konflikt zwischen einem Teil des Zentrums, vielleicht der Mehrheit, und dem der Partei angehörenden Reichsfinanzminister gekommen. Dr. Brücker steht unbedingt auf dem Standpunkt, daß er die Kosten der Besoldungsreform nicht im ganzen Umfang auf das Reich übernehmen kann. Davon ist er gestern nicht abgewichen. Er verwarf daher den Antrag, der im Reichstag angenommen wurde, den Anteil der Länder an der Einkommensteuer zu erhöhen. Vielleicht wäre er bereit, den Ländern auf anderem Wege entgegenzukommen, doch hat sich bisher noch keine Möglichkeit gezeigt, deren Ansprüche zu befriedigen, zumal sieht man in Berlin immer etwas ängstlich auf den Reparationsagenten, der in seinen Berichten wiederholt eine gewisse Kritik an der Finanzgebarung des Reichs und an dem Verhältnis des Reichs zu den Ländern geübt hat. Dr. Brücker hat die Lage als ernst genug angesehen, um dem Reichszentraler davon Mitteilung zu machen.

Wir werden ja wahrscheinlich morgen im Lauf der Debatte erfahren, wie sich der Reichszentraler die weitere Entwicklung vorstellt, da Dr. Brücker die Besoldungsvorlage einbringen und in einer Rede begründen muß, in der er zweifellos auch auf diese Frage eingehen wird. Obwohl er naturgemäß die Vertretung der zweiten Vorlage, das heißt des Reichstagsbeschlusses, den Ländern überläßt, wird wahrscheinlich — wenigstens nimmt man das an — heute im Reichstag auch von dieser Seite etwas gesagt werden. Da auch die Parteien Stellung nehmen müssen, kann man vielleicht im Verlauf der Debatte schon etwas klarer sehen.

Der Zuschuß beträgt:

	1924	1925	1926	1927
pro Kopf der Bevölkerung vom Hundert des Gemeindesteuerbedarfs vom Grundvermögen, Betriebsvermögen, Gewerbeertrag u. Einkommen	16	23	35	37
	29	53	70	64%

Aus diesen Zahlen ist mit größter Deutlichkeit die außerordentlich hohe Belastung der Stadt Freiburg durch den Fürsorgebedarf zu erkennen.

Ähnlich wie in Freiburg, ist auch in den anderen größeren Städten des Landes der Fürsorgeaufwand gestiegen, wie aus der folgenden Übersicht hervorgeht:

Es entfallen in	auf den Kopf der Bevölkerung		in Prozenten der direkten Gemeindesteuer	
	1913	1926	1913	1926
Freiburg	3.11	31.43	8.16	70.00
Offenburg	1.37	13.73	5.00	30.00
Baden-Baden	2.00	23.82	3.77	45.94
Bruchsal	2.39	15.09	8.66	30.42
Lahr	2.86	15.30	3.60	26.70
Forzheim	2.96	20.92	7.70	41.00
Konstanz	3.51	21.62	10.52	42.09
Karlsruhe	3.86	22.70	10.47	50.10
Heidelberg	3.98	21.40	8.09	46.10
Mannheim	5.56	19.59	12.00	36.50

Im Jahre 1913 stand die Stadt Freiburg von den größeren Städten mit an günstigster Stelle, heute ist sie mit ihrem verarmten Rentnerstand von allen badischen Städten bei weitem am schwersten belastet; in weitem Abstand folgen erst Baden-Baden, Karlsruhe, Heidelberg und die anderen Städte.

Angeichts des beängstigenden Anwachsens des Wohlstandsbedarfs, der zunehmenden Finanznot der Städte und der von der Reichsregierung eingeleiteten Realsteuererhöhungsmassnahmen muß die im Frühjahr dieses Jahres durch den Reichstag beschlossene Aufhebung der Gemeindegetränksteuer auf Wein, Schaumwein und Brantwein als eine höchst bedenkliche Maßnahme bezeichnet werden. Die finanzielle Bedeutung dieser Nebensteuer wurde bisher vielfach unterschätzt. Für die badischen Gemeinden dürfte der dadurch erlittene Einnahmefall auf mindestens 1 1/2 Millionen RM zu veranschlagen sein. Wie ungünstig diese gesetzgeberische Maßnahme sich auf die Finanzen der Stadt Freiburg auswirkt, kann daraus entnommen werden, daß eine Mehrbelastung der Gemeindesteuer um 140 000 RM notwendig wurde. Diese beträgt:

- beim Grundvermögen 106 400 RM oder 5 Ppf von 100 RM Steuerwert,
- beim Betriebsvermögen 6700 RM oder 1,6 Ppf von 100 RM Steuerwert, und
- beim Gewerbeertrag 26 900 RM oder 30 Ppf von 100 RM Ertrag.

Um diese Beträge und Sätze wäre die Besteuerung des Liegenschafts- und Betriebsvermögens in Freiburg niedriger, wenn die Getränkesteuer im alten Umfang erhalten geblieben wäre.

Der deutsche Außenhandel im September 1927

Der deutsche Außenhandel zeigt im September 1927 im reinen Warenverkehr einen Einfuhrüberschuß von 242 Millionen RM gegen 292 Millionen RM im Vormonat. Die Einfuhr im reinen Warenverkehr zeigt im September gegenüber dem Vormonat eine leichte Zunahme (um 14 Mill. RM).

Die Einfuhr an Lebensmitteln ist um 24 Mill. RM gestiegen, die Einfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren ist dagegen um 22 Mill. RM zurückgegangen. Leichte Zunahme zeigen ferner lebende Tiere (um 4 Mill. RM) und fertige Waren (3 Mill. RM), bei der Ausfuhr ergibt sich infolge der stark gestiegenen Fertigwarenausfuhr — die Septemberausfuhr ist die höchste der Nachkriegszeit überhaupt — eine Zunahme um 64 Mill. RM. Die Ausfuhr an Rohstoffen hat dagegen um 11 Mill. RM abgenommen. Die Einfuhr an Gold und Silber ist gegenüber dem Vormonat beträchtlich zurückgegangen, beträgt aber noch 9,6 Mill. RM. Die Ausfuhr ist leicht gestiegen.

Der Besuch des Reichszentralers in Wien. In einem Interview einer wohl informierten Berliner Persönlichkeit mit dem Vertreter der Wiener „Neuen Freien Presse“ wird betont, daß der bevorstehende Besuch des deutschen Reichszentralers in Wien mit dem Anschlußgedanken nicht das Mindeste zu tun hat, und keineswegs als eine Kundgebung für den Anschluß aufzufassen ist.

König Boris von Bulgarien, der wegen einer Erkrankung leichterer Natur vorübergehend in Breslau eine Kur aufgesucht hatte, ist von Breslau wieder abgereist. Sein Befinden ist durchaus gut.

Die Lohnverhandlungen der Reichsarbeiter verlagert. Die für den gestrigen Mittwoch in Berlin angelegten Besprechungen des Reichsfinanzministers mit den Tariforganisationen der Reichsarbeiter zur Neuregelung der Löhne konnte nicht stattfinden, weil laut „Vorwärts“ der Minister im letzten Augenblick zu einer Kabinett Sitzung berufen wurde. Der Finanzminister folgte jedoch den Organisationen zu, daß die Besprechungen in den nächsten Tagen, wenn irgend möglich noch im Laufe dieser Woche, stattfinden.

Das Schulgesetz vor dem Reichstag

Im Reichstag gab am gestrigen Mittwoch der Volksparteiler Dr. Kuntel die Erklärung ab, daß die Volkspartei, bei der infolge der Zusammenfassung des deutschen Parlaments in der Schulfrage die Entscheidung liegt, eine Reihe grundsätzlicher Einwendungen gegen den Entwurf erhebe. Der Gemeinschaftsschule müsse die in der Verfassung festgelegte Vorrangstellung zuteil werden. Es sollen jedoch nur die neuen Schulen zu Gemeinschaftsschulen werden und diejenigen Konfessionschulen, die diesen Charakter im Lauf der Entwicklung von selbst aufgegeben haben, allen übrigen soll die Möglichkeit, Konfessionschulen zu bleiben, erhalten werden. Für die Simultanschulländer lehnt die Volkspartei die von der Reichsregierung vorgeschlagene Schonfrist ab, sie will die Simultanschule in diesen Bezirken, so wie sie jetzt ist, erhalten wissen. Die Volkspartei lehnt auch die Form der Einsichtnahme in den Religionsunterricht ab, die Herr v. Keubell den Kirchengemeinschaften zugezogen will. Die Sprecherin der Demokraten war die Abg. Frau Dr. Bäumer die ausführte, daß die Vorlage gegen die Verfassung verstoße. Heute wird die Debatte im Plenum zu Ende geführt werden. Das Schicksal des Gesetzes wird sich erst in der Ausschussberatung entscheiden.

W.B. Berlin, 19. Okt.

Abg. Dr. Kuntel (D. Vpt.) stellte in Fortführung der Debatte über das Schulgesetz im Reichstag fest, daß die völksparteilichen Minister ausdrücklich für einige Punkte ihre Stellungnahme sich vorbehalten hätten, ebenso darüber hinaus die Fraktion zu dem ganzen Gesetzentwurf. Die Fraktion erkenne den Gesetzentwurf als brauchbare Grundlage für Verhandlungen an, sei aber in der Stellung von Abänderungsanträgen völlig frei. Die Fraktion sei grundsätzlich damit einverstanden, daß der Konfessionschule die verfassungsmäßige Stellung gegeben werde, da sie vom rein erzieherischen Standpunkt aus die wertvollste deutsche Kultur-erziehungsschule sei. Ihre Ausgestaltung dürfe aber nicht auf Kosten anderer verfassungsmäßiger Schulformen geschehen. Die für alle gemeinsame Grundschule ist nach der Verfassung die Volksschule, und diese Volksschule soll der alten Simultanschule gleich sein und eine Vorrangstellung haben. Theoretisch wird in dem Entwurf diese Vorrangstellung anerkannt, die praktische Ausführung macht diese Anerkennung wieder zunichte. In diesem Falle würde der Vorwurf der Verfassungswidrigkeit eine nicht zu verkennende Berechtigung haben. Die Deutsche Volkspartei fordert daher, daß alle Schulen, die seit Jahren Gemeinschaftsschulen sind, auch solche bleiben und daß alle neu errichteten Schulen, wenn kein rechtsfähiges Antragsverfahren auf Einrichtung einer Konfessionschule vorliegt, ohne weiteres ebenfalls Gemeinschaftsschulen sind. Der Redner fordert weiter den christlichen Charakter der Gemeinschaftsschule, so wie er in den alten Simultanschulen festgelegt sei. Die Deutsche Volkspartei beantrage die Beibehaltung des bisherigen Rechtszustandes in den Ländern, wo die christliche Simultanschule allgemein anerkannt bestehe. Das gelte auch für einzelne Gebiete der Länder, in denen die Simultanschule geschichtlich geworden sei. Auf jeden Fall könnten aber nur die Länder selbst darüber bestimmen, wann sie das Schulgesetz in ihren Bezirken zur Durchführung bringen wollen. Der Redner lehnt weiter eine Auslegung ab, wonach jede Schulform ein geordneter Schulbetrieb sei. Bestimmend müsse die Leistungsfähigkeit bleiben, die abhängig ist von der wirtschaftlichen und kulturellen Eigenart eines Ortes. Die Schaffung von Zwergschulen würde die Zertrümmerung der Schule und einen dauernden Schulkampf auch in den kleinsten Orten zur Folge haben. Für seine Partei sei auch der Weg des Entwurfes in der Frage der Einsichtnahme in den Religionsunterricht nicht gangbar. Eine Wiederkehr der geistlichen Schulaufsicht müsse vermieden werden, nicht als Abneigung vor der Kirche, sondern um der Kirche willen. Einer eingehenden Prüfung bedürfe die Kostenfrage. Trotz aller Bedenken sei der Entwurf eine brauchbare Grundlage für weitere Verhandlungen. Voraussetzung für einen Erfolg sei aber Verständnis für die Sonderlage einzelner Parteien.

Abg. Frau Dr. Bäumer (Dem.) erklärt, es bestehe gar kein Zweifel darüber, daß der vorliegende Entwurf verfassungswidrig sei. Die demokratische Fraktion halte den Entwurf für denkbar ungeeignet, um daraus ein Gesetz zur Ausführung der Verfassungsbestimmung zu schaffen. Durch die Vorlage würden weltanschauliche Gegensätze gewalttätig und über das natürliche Bedürfnis und Gefühl der Mehrheit des Volkes hinaus verschärft und vertieft. Die weltanschauliche Einstellung der höheren Schule als Gemeinschaftsschule mit getrenntem Religionsunterricht habe sich zwanglos ergeben. Es sei nicht einzusehen, warum das in der Volksschule grundsätzlich anders sein solle. Die höhere Schule bleibe eine Schule der Vermittlung und Zusammenführung. Die Volksschule wolle man zu einer Schule der Trennung und Isolierung machen. In allen Ländern, in denen die Schulentwicklung die Simultanschule in irgendeiner Form verwirklicht hat, müsse diese Simultanschule vor der Zerstörung durch das Gesetz geschützt werden. Sie sehe auch in der weltlichen Schule als Antragschule eine ebenso große Gefahr geistiger Isolierung breiter Volksschichten, die eine Klüft von Jugend auf besetzen werde. Staat und Gemeinde würden durch den Entwurf jeder Verfassungsmöglichkeit über die Schule beraubt, das Schicksal der Volksschule werde dem Kampf der Kulturparteien reiflos preisgegeben. Auch die demokratische Partei respektiere die elterliche Verantwortung für die weltanschauliche Erziehung des eigenen Kindes. Das Gesetz gebe aber der Elternschaft das Recht, durch Mehrheitsabstimmung auch über die Kinder Anderer zu entscheiden. Die Auswirkung des den Eltern zugeschobenen Kampfes um die Schulform werde und müsse dauernder Unfriede sein. Wenn die Schule Kampfschauplatz der Parteien werde, so werde es faktisch auch der Lehrer, der unter einer unerträglichen Bestimmungskontrolle einer kulturpolitisch fanatisierten Elternschaft komme.

Abg. Frau Jettin (Komm.) verlangt eine Jugendberziehung zur revolutionären, internationalen Soldatität der Proletarier aller Länder.

Abg. Dr. Dreht (B. Vpt.): Jeder müsse die Freiheit haben, die Schulform zu wählen, die seiner Weltanschauung entspricht. Ein Abbau der Simultanschulen würde von Abel sein, denn hier handele es sich um christliche Schulen. Der Redner erklärt zum Schluß, daß seine Fraktion den vorliegenden Entwurf als eine brauchbare Grundlage betrachte.

Abg. Frau Lang-Brumann (B. Vpt.) bezeichnet gleichfalls den Entwurf als eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen. Das Recht der Eltern auf Erziehung der Kinder müsse dem Recht des Staates und der Gemeinden vortreten.

Abg. Schölem (Komm.) erklärt, der von Frau Jettin vertretene rechtskommunistische Standpunkt unterscheide sich wenig von dem sozialdemokratischen.

Abg. Dietrich-Franke (N.S.): Der Entwurf sei geeignet, die gesunde Entwicklung der deutschen Gemeinschaftsschule zu hemmen. Er bringe in verschleierter Form eine Wiedereinführung der geistlichen Schulaufsicht.

Abg. v. Gräfe (Völk.) erklärt, die Volksschulen würden ihre Entscheidung davon abhängig machen, wie weit durch das Gesetz der Einfluß der christlichen Elternschaft gewährleistet wird.

Abg. Dr. Löwenstein (S.) tritt für die weltliche Schule ein. Diese Schulform sei das Ideal der Sozialdemokratie, also der größten Partei Deutschlands. Die Verweltlichung des Schulwesens sei die notwendige Konsequenz der geschichtlichen Entwicklung in Reich, Ländern und Gemeinden. In der ganzen Verfassung sei nirgends den Religionsgesellschaften ein Bestimmungsrecht im Schulwesen eingeräumt. Die neue Schulvorlage sei also verfassungswidrig und könne nicht mit einfacher Mehrheit angenommen werden.

Am 19. Okt. wird die Weiterberatung auf Donnerstag 13 Uhr verlegt.

Die heutige Sitzung

Auf der Tagesordnung der heutigen Vollversammlung des Reichstages, die wieder um 13 Uhr begann, steht als erster Punkt die Fortsetzung der Debatte über das Schulgesetz. Es steht noch der größte Teil der zweiten Rednergarnitur aus; infolgedessen ist es noch fraglich, ob die weiteren Punkte der Tagesordnung sämtlich erledigt werden. Unter ihnen befinden sich die Handelsverträge mit Frankreich und Japan, ferner aber auch die erste Lesung der Besoldungsneuregelung und der Behördenerhöhung für die Kriegsschädigten.

Der Arbeitsplan des Reichstages

W.B. Berlin, 20. Okt. Der Astenrat des Reichstages hat heute den Arbeitsplan für den Rest dieses Jahres festgelegt. Danach soll am heutigen Donnerstag die erste Lesung des Schulgesetzes beendigt werden. Für Freitag ist die erste Beratung des Besoldungsgesetzes in Aussicht genommen. Für Samstag ist die Beratung über die Erhöhung der Kriegsschädigtenbezüge vorgesehen. Außerdem sollen noch einige kleinere Vorlagen auf die Tagesordnung kommen, die ohne Mißsprache den Ausschüssen überwiesen werden können; z. B. das von den Demokraten beantragte Rentnerverleihungsgesetz. Für Samstag ist auch die Besprechung der Interpellationen und Anträge zum Bergarbeiterstreik in Aussicht genommen, falls nicht der Streit inzwischen beendet sein sollte. Die Erziehung der sozialdemokratischen Interpellation zur Wirtschaftslage wurde vom Astenrat abgelehnt, weil sie bei der Fülle des übrigen Stoffes nicht mehr in dieser Woche behandelt werden könnte und der Astenrat daran festhält, am Samstag eine Pause in den Verhandlungen des Reichstages eintreten zu lassen. Wie wir hören, werden sich die Sozialdemokraten damit jedoch nicht zufrieden geben, sondern im Plenum noch einmal die Beratung ihrer Interpellation beantragen.

Die Überwindung des 19. Jahrhunderts im Denken der Gegenwart

Vortrag von Karl Joel in Karlsruhe

Am Mittwoch sprach im Rahmen der von der Gesellschaft für geistigen Aufbau, der Gesellschaft für deutsche Bildung, des Theaterkulturverbandes, der Kantgesellschaft und des Kaufmännischen Vereins veranstalteten Vortragsreihe über Persönlichkeitsprofessor Karl Joel aus Basel in der Technischen Hochschule zu Karlsruhe über die Überwindung des 19. Jahrhunderts im Denken der Gegenwart.

Er ging von der Feststellung aus, daß die Wende vom 19. ins 20. Jahrhundert auch eine Geisteswende bedeutet, die von den Angehörigen der alten Zeit und denen der neuen stark empfunden wird; doch soll die Überwindung des 19. Jahrhunderts nicht ein Vergessen und Begraben sein, sondern wir sind die Erben eines großen Jahrhunderts, das wir in uns tragen. Der Grundzug des 19. Jahrhunderts war die Überfülle an Richtungen und Geistesströmungen, idealistisch, romantisch, realistisch, technisch, naturalistisch, gläubig und ungläubig, vor allem aber auf allen Gebieten inhaltlich. Die Philosophie, in der der Positivismus vorherrscht, wollte alles verbinden und Vereinhelichung schaffen. Während das 18. Jahrhundert noch im Streben nach Sonderung lebte, will das 19. Einheit im Glauben und Wissen (Hegel) und in Geist und Natur (Schelling). Wagner will Kunstfreiheit, Ranke Geschichtseinheit und selbst die Kirche stellt eine Einheitsformel auf, die Unfehlbarkeitslehre. Dazu kommt der Sozialismus, der eine gesamte Neuorganisation schafft. Wie St. Simon vorausgesagt hat, war das 18. Jahrhundert das der Revolution und das 19. das der Organisation geworden. Man suchte überall vom Besonderen zum Allgemeinen zu kommen; man strömte in die Städte zusammen, in die Gesellschaften, an die Börsen und Bahnhöfe. Der Mensch wollte nicht mehr allein sein, sondern zur großen Masse. Die großen Zahlen kommen auf, die Millionenstädte. Das Erkenntnisideal wird eine mathematische Formel für das Weltgeschehen (Fechner: Seelenleben der Mathematik). Das Höhere wird ins Niedere getragen und die Seele als eine Nebenerscheinung angesehen.

Im 20. Jahrhundert leben nun die unterdrückten Potenzen wieder auf; es geschieht eine Renaissance der Natur, des Lebens, des Menschen, der Seele und des Geistes. Die Rhythiker werden die Pioniere der neuen Zeit. Einstein bezweifelt die Wahrheit eines mathematischen Satzes. Man befreit sich von der Vorstellung des Absoluten. Die Materie wird nicht mehr als tot betrachtet, die Elemente nicht mehr als unwandbar, die Atome als teilbar und die Fixsterne als veränderlich. Die alte Welt wird völlig zertrümmert, alles lebt wieder, was in starre Formeln gebannt war. Selbst das alte Gesetz der Erhaltung der Kraft wird bezweifelt. Kernst läßt kein einziges Naturgesetz als fest gelten. Hermann Weil stellt das Gesetz der Kausalität in Frage. Aus den Tiefen der Welt fließt ein neuer Strom der Beforderung heraus. Zahlen bleiben; doch nicht mehr als Herrscher, sondern als Diener der Welt. Die Dichter singen wieder Hymnen an das Leben, das zur Religion erhoben wird. Euden, Spengler, Jaspers und Bergson predigen die Philosophie des Lebens. Es herrscht eine heitere Buntheit der Formen. Der Positivismus des 19. Jahrhunderts ist überwunden. Die Morphologie erstreckt sich auf alle Gebiete. Man sucht wieder die Bewegung, den Rhythmus, neue Gestaltung, den Typus und die Periodizität. In der Medizin kommt wieder der Einzelorganismus und die Eingellensituation zur Geltung, in der Politik die Selbstbestimmung, im Schrifttum die Biographie, im Kirchenwesen die Beschäftigung mit einzelnen Glaubensgestalten. Masse imponiert nicht mehr, hat nur noch Durchschnittswert. Das große Sonnensternsystem ist klein geworden. Mikrotosmos und Makrotosmos gehen ineinander auf. Im Wassertropfen ist auch ein Planetensystem. Man betont die individuelle Unsterblichkeit und strebt nach Verjüngung. Der Mensch löst sich aus den ökonomischen und kosmischen Banden, aus dem Allgemeinmenschlichen. Der Determinismus wird überwunden, die Freiheit siegt wieder über die Anschauungen. Weil, Rauli und Ostwald verteidigen die Willensfreiheit des Menschen. Kultur gilt nicht mehr als Beherrschung, sondern als Gegensatz zur Natur. Die alten ägyptischen, meritanischen und indischen Kulturkreise werden in ihrer Selbstständigkeit erfasst. Die Geschichte der Stämme, Städte und Familien wird wieder gefondert behandelt und die Persönlichkeit gepflegt. Der Mensch soll nicht mehr nur als Produkt der Vergangenheit angesehen werden, sondern praktisch werden. Der Aktivismus verdrängt den Historismus. An Stelle der Wissenschaft fordert man die Arbeitsschule. Ein Neuhumanismus tritt auf. Der Sport kommt zu seinem alten Recht. Der innerliche Mensch wird gesucht und der neue Sozialismus will nicht mehr nur die allgemeine Gesellschaft fördern, die Gemein- schaft, die tiefer wurzelt. Die „Psychologie ohne Seele“ ist beseitigt. Überall strömt ein neues Leben, neue Mythen, neue Dicht, Expressionismus und neue Romantik. Die Vulkanistik findet einen neuen Stil und schafft die Eigenbeime. Auf dem Gebiet der Philosophie trennen sich Denken und Sein von neuem. Man will keine Systeme mehr. Die Probleme werden als unösbar erklärt. Aus dem Gegensatz entsteht aber eine neue, tiefere Einheit, das Eigenrecht des Anderen. Das ist die Fruchtbarkeit der Überwindung des 19. Jahrhunderts. Man sieht den Keim in der Pflanze und die Pflanze im Keim. Alles drängt nach Offenbarung, die Tatsache wird. Das Subjekt kann sich zum Objekt machen in der Selbstüberwindung. Damit wird die Gefahr der Zügellosigkeit ausgeschaltet.

Die demokratische Interpellation zum Kriegsschädlingengesetz Die demokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der die Reichsregierung u. a. gefragt wird, wann sie das Kriegsschädlingengesetz dem Reichstage zur Beratung vorgelegt habe, und ob und in welchem Umfang und wann auf die bevorstehende gesetzliche Regelung der Kriegsschädlingenschädigung den Geschädigten erhebliche Teilzahlungen im Dienste des Wiederaufbaues ihrer wirtschaftlichen Existenz und der damit eng verbundenen Förderung der deutschen Exportwirtschaft zuteil werden können.

Politische Neuigkeiten

Die Einigungsverhandlungen im Braunkohlenstreit

W.B. Berlin, 20. Okt. (Tel.) Wie wir erfahren, begannen heute vormittag um 11 Uhr im Reichsarbeitsministerium die Einigungs- und Schlichtungsverhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und Gewerkschaften im mitteldeutschen Kohlenbergbau. Dieser neue Einigungsversuch wird unter dem Vorsitz des Schlichters im Reichsarbeitsministerium, Dr. Brahn, geführt. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß die Verhandlungen längere Zeit in Anspruch nehmen werden.

W.B. Senftenberg, 20. Okt. (Tel.) Die Zahl der Arbeitswilligen geht von Tag zu Tag zurück. Im Senftenberger Revier hat die Grube „Friedrich Ernst“, die das Krankenhaus und den Bahnhof Senftenberg mit Strom beliefert, ihren Betrieb stilllegen müssen. Einige Gruben konnten wieder in Betrieb gesetzt werden. Wegen Belästigung Arbeitswilliger mußte Schulpolizei angefordert werden. Bis heute arbeiten noch drei Werke der „Eintracht“ sowie das Kaufwerk.

W.B. Leipzig, 20. Okt. (Tel.) Die Lage im Streitgebiet der Amtshauptmannschaften Borna, Leipzig und Grimma ist unverändert ruhig. In Kulkwitz arbeitet seit Mittwoch der Lenox. In den Werken Galpa-Gornowis werden Kohlenförderungen und Stromerzeugung von den Belegschaften aufrecht erhalten.

Forderungen der Ruhrbergarbeiter. Die Bergarbeiterverbände hatten, wie aus Offen gemeldet wird, den Zeichenverband schriftlich um Verhandlungen über eine auferthaltliche Lohnerhöhung ersucht. Der Zeichenverband bedauert in seiner Antwort, dem Ersuchen nicht entsprechen zu können, da er eine grundlegende Änderung der Verhältnisse nicht anzuerkennen vermöge. Im übrigen habe sich die wirtschaftliche Lage des Ruhrbergbaues in den letzten Monaten derart verschlechtert, daß sie eher Verhandlungen über eine Lohnherabsetzung als über eine Lohnerhöhung bedingen würde.

Einbringung des Beamtenbesoldungsgesetzes

Der Reichsfinanzminister hat nunmehr den Entwurf des Beamtenbesoldungsgesetzes dem Reichstag in der Form zugeleitet, die sich aus der verschiedenen Auffassung zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Reichstag über eine Reihe von Bestimmungen der neuen Besoldungsordnung als notwendig erwiesen hat. Die Paragraphen, über die eine Abstimmung nicht erzielt worden ist, sind in der Vorlage in Doppelfassung geführt. In der Begründung der Regierungsvorlage betont der Reichsfinanzminister die unermessliche Rückwirkung der Neuregelung auf Länder und Gemeinden, lehnt aber die Änderung des Finanzausgleichs ab. Auch die Gewährung von Reichsdotationen an die Länder aus Anlaß der Besoldungsneuregelung wird entschieden abgelehnt. In der Eingeliegung hält die Regierung gegenüber den Reichstagsbeschlüssen durchweg an ihrem Entwurfsentwurf fest.

Ministerpräsident a. D. Dr. v. Knilling †. Der frühere Ministerpräsident, Dr. v. Knilling, ist heute, Donnerstag vormittag 9 Uhr, in München in der Klinik von Dr. Rindl an den Folgen einer Herzlähmung gestorben. Dr. v. Knilling mußte sich einer Darmoperation unterziehen, die einen günstigen Verlauf genommen hatte.

Preußen und die Reichsstarben. Der preussische Innenminister hat angeordnet, daß Vertreter der Staatsbehörden an Veranstaltungen, bei denen Flaggenschmuck verwendet wird, nur dann teilnehmen dürfen, wenn die verfassungsmäßigen Reichsstarben an hervorragender Stelle gezeigt werden.

Unterschlagen bei der Kölner städtischen Sparkasse. Der Sparkassenbeamte Müller bei einer Zweigstelle der städtischen Sparkasse soll annähernd eine halbe Million Reichsmark veruntreut haben.

II. Sinfoniekonzert des habsbischen Landestheaterorchesters. Das im Mittelpunkt des nächsten Sinfoniekonzertes wieder ein neues Werk von Paul Hindemith steht, ist nach dem großen Erfolg, den im letzten Jahr sein Violinkonzert errang, sehr zu begrüßen. Diesmal gelangt ein Klavierkonzert, das zur gleichen Gruppe orchestraler Kammermusik gehört, zur Aufführung. Es ist op. 36 Nr. 1; die vier Sätze haben in allen Konzerten, in denen sie bisher erklangen, lobhaftesten Beifall gefunden, besonders stark war die allgemeine Anerkennung beim internationalen Musikfest in Venedig. Solist ist Alfred Gschn (Frankfurt), der damit zum ersten Male hier als Interpret einer modernen Schöpfung hertritt. Von sinfonischer Literatur erscheinen auf dem Programm des von Generalmusikdirektor Josef Krips geleiteten Abends zwei klassische Werke: Haydn's G-Dur-Sinfonie (Nr. 13) und Beethoven's fünfte. Auch deren interessante Nebeneinanderstellung empfiehlt das Konzert, das im Landestheater am Montag, den 24. Oktober stattfindet, weitesten Musikfreieren.

Die Besatzungsverminderung

Im Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete gab Staatssekretär Schmidt am Mittwoch Auskunft über die Besatzung und Verminderung der Besatzungstruppen. Sie solle am 25. Oktober so vor sich gehen, daß die einzelnen Kontingente folgendermaßen vermindert werden: das der Belgier um etwa 800, das der Engländer um etwa 1050, das der Franzosen um 3500 Köpfe. Die weitere Verminderung des französischen Kontingents soll dadurch erreicht werden, daß einmal die Mannschaften, die seit der letzten Einstellung in Abgang gekommen sind, nicht wieder ersetzt werden; daß ferner im November weniger Rekruten eingestellt werden und daß die Verwaltungsdienststellen entsprechend der Verminderung der Truppenstärke verkleinert werden. Insgesamt soll die Besatzungstärke sich künftig auf 60 000 Mann stellen. Ob die vollen 10 000 Mann Verminderung erreicht werden, könne heute noch nicht abschließend gesagt werden. Es liege bis jetzt indes kein Grund vor, an der lokalen Durchführung der gegebenen Zusagen zu zweifeln.

Der Staatssekretär gab ferner die Veränderung in der Besetzung der einzelnen Orte bekannt. U. a. wird Neustadt von einem Fliegerregiment mit 1346 und einer Maschinen-gewehrabteilung mit 443 Mann geräumt. Dafür kommen zwei Infanteriebataillone mit 1496 Mann nach Neustadt. Die Verminderung beträgt also 293 Mann. Statt eines Jägerbataillons von 487 Mann wird Speyer mit einem Infanteriebataillon von 640 Mann belegt.

Die ungarischen Grenzen

Der ungarische Ministerpräsident, Graf Bethlen, gedachte in einer Parteikonferenz der Aktion Lord Rothermeres und sprach den Dank der ungarischen Nation dafür aus. Es sei der Wunsch aufgetaucht, daß die Regierung bereits in der Dezembersession des Völkerbundes die Frage der Friedensrevision aufwerfe. Wenn jedoch in einer viel weniger wichtigen Frage, wie in der Frage der Siebenbürger Öpanen Recht und Gerechtigkeit kaum zur Geltung kommen können, werde die Aufhebung der Revisionsfrage im Dezember diese Angelegenheit nicht um Haarsbreite vorwärts bringen, und es wird sogar die Gefahr aufstehen, daß die Revisionsfrage auch zu einem günstigeren Zeitpunkt nicht angeschnitten werden könnte.

Kurze Nachrichten

Der Besuch des Generals Hege in Washington. Der Chef der deutschen Gesandtschaft, General Hege, besichtigte am Mittwoch in Washington einige militärische Einrichtungen der Bundeshauptstadt. Weiblich folgte er einer Einladung des britischen Vizekonsuls zu einem Ball, der zu Ehren des in Washington weilenden englischen Geschwaders veranstaltet wurde. Die amerikanische Presse zollt dem Besuch Heges lebhaft Beachtung.

Die französischen Sozialisten und Sowjetrußland. Der Parteivorstand der französischen Sozialistischen Partei hat nicht gestattet, daß Parteimitglieder sich zur Feier des 10-jährigen Bestehens der Sowjetrepublik nach Rußland begeben.

Belgische Heeresreorganisation. Für die Heeresreorganisation hat der belgische Kriegsminister durch den Generalstab einen neuen Plan ausarbeiten lassen, in dem die Dauer der Dienstzeit wesentliche Änderungen erfährt.

Die litauische Beschwerde über Polen. Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht die litauische Protestnote gegen die Verfolgungen litauischer Geistlicher und anderer litauischer Bürger in den polnischen Provinzen von Wilna und Grodno. Die Note beklagt die Verdrängung von Litauern. Die litauische Regierung habe die Gewißheit erlangt, daß die polnischen Behörden die Ausführung eines groß angelegten, gegen die Existenz eines unabhängigen litauischen Staates gerichteten Planes verfolgen.

Amerikanische Versuche mit Ozeanischneelampfern. Nach einer Meldung aus New York werden dort auf Veranlassung der Brown Boveri-Gesellschaft in einem Versuchsbassin der Marinewerft mit einem 20 Fuß langen Schiffmodell Versuche unternommen, denen ein Plan zum Bau schneller Passagierdampfer zugrundeliegt, die den Atlantischen Ozean binnen vier Tagen durchqueren sollen.

Anschlag auf einen Personenzug in Mexiko. In Mexiko wurde ein Eisenbahnzug von Rebellen überfallen. Sie nahmen den britischen Generalvertreter der Bergwerke von Amajaz im Distrikt Nayarit gefangen und verlangten ein Lösegeld von 5000 Pesos, widrigenfalls sie den Generalvertreter töten würden. Vier Soldaten, die den Transport begleiteten, wurden getötet.

Bücheranzeigen

Allgemeine Volkswirtschaftslehre. Von Prof. Dr. A. Riefmann. 2. Aufl. 4.—6. Tausend. (380 M. V. G. Teubner, Leipzig). — Die Neuaufgabe wird durch wesentliche Erweiterungen in erhöhtem Maße die Aufgabe erfüllen können, weiteren Kreisen eine kurze aber vollständige Einführung in die heutige Organisation des Wirtschaftslebens zu geben. Sie stellt darum den Geld-, Preis- und Einkommensmechanismus in den Mittelpunkt, aber auch die Erwerbswirtschaften und Erwerbstätigkeiten, die verschiedenen Formen des Zusammenschlusses, die mangelhafte Einrichtungen für den Wirtschaftsverkehr, der Einfluß staatlicher Eingriffe und die Konjunkturschwankungen werden behandelt.

Politische Arithmetik. Von Prof. Dr. A. Bahig. (Kart. 3.20 M. V. G. Teubner, Leipzig). — Das Werk gibt eine Einführung in die Lehre von den Zinsen, den Renten und Anleihen, sowie einen Überblick über die Grundzüge der Versicherungslehre. Die Darstellung ist einfach und knapp gehalten. Das Buch ist durchaus zu empfehlen.

Die sexuelle Not unserer Zeit. Von Dr. med. Vertha Riese. Leipzig, Hesse & Weller Verlag. (Prometheus-Bücher.) Mit 9 Abbildungen. In Leinen geb. 2.60 M. — Eine sozial denkende Frau hat dieses Buch mitten aus ihren praktischen Erfahrungen heraus geschrieben. Sie ist als Sozialärztin in Frankfurt am Main tätig und hat als solche viel Not und Elend gesehen. Ihre Darlegungen haben deshalb einen ganz besonderen Wert. Nicht bloß im Proletariat, auch in der bürgerlichen Gesellschaft gibt es sexuelle Nöte. Wie diese sich in beiden Gesellschaftsschichten darstellen, und wie sie behoben werden können, weist die Verfasserin im einzelnen nach. Das Buch ist eine tiefere Meinung an alle Volks- und Menschenfreunde.

James Watt. Die Lebensgeschichte des Erfinders der Dampfmaschine. Von Andrew Carnegie. („Wege zum Wissen“, Band 87. Verlag Ullstein, Berlin). — Der hundertste Todestag des Erfinders der Dampfmaschine, James Watts, fiel in eine Zeit allgemeiner Unruhe (1919). Somit wäre er in der ganzen Welt wohl festlicher begangen worden, als es geschah. Denn diese Erfindung ist ja recht eigentlich der Ausgangspunkt der gesamten modernen Technik geworden. Einen Mann wie Carnegie über Watts Leben und Bedeutung zu hören, ist gewiß verlockend.

Amerikanische Betrachtungen über „das neuentstandene Europa“

Die Erhöhung der französischen Zölle gegenüber der Einfuhr aus Amerika ist nach Ansicht von Evans Clark, der in der „New York Times“ die Frage behandelt, ein Akt der Notwendigkeit und ein Glied in der Kette der seit den letzten Jahren in Europa vorhandenen Bestrebungen zum wirtschaftlichen Zusammenschluß, zur Errichtung der „Vereinigten Staaten von Europa“.

Der Verfasser des Artikels, der die europäischen wirtschaftlichen und industriellen Verhältnisse an Ort und Stelle studiert hat, weist darauf hin, wie nach dem Ende des Krieges die europäischen Staaten danach getrachtet haben, ihre Industrien, die infolge der Kriegsbedürfnisse und der Einfuhrschwierigkeiten außerordentlich ausgebaut oder überhaupt neu entstanden sind, lebensfähig zu erhalten, was ganz besonders bei Frankreich der Fall gewesen sei, dessen Industrialisierung ungeheure Fortschritte mache. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten hätten bald dazu geführt, daß es zwischen Frankreich, Deutschland und Belgien zu einer industriellen Entente gekommen sei, zu einem Zusammenschluß, der mit der Zeit auch die anderen kontinentalen Staaten zwingen werde, diesem Beispiele zu folgen.

Der neue französische Zolltarif sei eine logische Folge der deutsch-französisch-belgischen Wirtschaftsannäherung und erichte sich in erster Linie gegen die Einfuhr von amerikanischem Stahl, von Chemikalien und Maschinen. Wenn in dem Tarife Deutschland Vorzugszölle gewährt würden, so sei das natürlich, da Frankreich, wenn es auf der einen Seite gebe, auf der anderen Seite empfangen, während Amerika nichts nennenswertes zu bieten vermöge. Der Tarif sei auch zum Teil ein Ausdruck der Furcht vor Amerika und aus der Notwendigkeit geboren, die neuauftretende französische Industrie zu schützen.

Europa stehe im Begriff, dem Beispiele der Vereinigten Staaten zu folgen, denn diese hätten die gegenseitigen Zollschranken beseitigt, ihre Kräfte vereint und dadurch den hohen Grad ihrer produktiven Leistungsfähigkeit erreicht. Europa beginne zu erkennen, daß der Vorteil von Schutzzöllen von dem Umfange des Landesgebiets und von der Qualität und Verschiedenheit der natürlichen Hilfsquellen abhängt, daß folglich ein Land das andere in dieser Hinsicht ergänzen müsse und daß durch ein derartiges Hand-in-Hand-Wirken der amerikanischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt am besten zu begegnen sei.

Die Industrien für Eisen, Stahl, Kali und Kunstseide seien bereits zu einem internationalen Einverständnis gelangt, andere Abkommen ständen vor dem Abschluß und weitere würden folgen, wobei die Interessengebiete verteilt und Überproduktion vermieden würden.

England stehe vorläufig noch etwas abseits, was auf den mangelnden Zusammenhalt zwischen den britischen Industrien, die auf die Individualität ihrer Unternehmen nicht verzichten möchten, zurückzuführen sei. Trotzdem seien bereits Anfänge nach der neuen Richtung hin vorhanden, z. B. in der Kunstseidenindustrie und in der chemischen Industrie, ebenso für Eisenbahnmaschinen, elektrische Lampen, Aluminium, Kupfer usw.

In der Hauptsache richte sich Englands Aufmerksamkeit jedoch darauf, das Britische Weltreich zu einem großen, unabhängigen Wirtschaftsorganismus zusammenzuschließen, die britischen Dominien und Kolonien als Rohstofflieferanten für die englischen Fabriken heranzuziehen und sie dagegen mit englischen Waren zu beliefern. Darum werde man voraussichtlich in der Zukunft mit drei Weltwirtschaftsgruppen zu rechnen haben, nämlich den Vereinigten Staaten, dem kontinentalen Europa und dem Britischen Weltreich, zwischen denen sich der Wettkampf um die Herrschaft auf den Weltmärkten abspielen werde.

Die Umgestaltung der Beratungskommission für Auslandsanleihen. Die in Berlin abgehaltenen Verhandlungen der Finanzministerkonferenz über die Beratungskommission für Auslandsanleihen, die Mittwochabend vertagt wurden, wurden heute, Donnerstag vormittag, um 11 Uhr im Reichsfinanzministerium fortgesetzt. Man hofft, daß sie heute zum Abschluß gebracht werden können.

Die Lage in Spanien. Aus Madrid wird gemeldet: Die aus ausländischen Quellen stammenden Nachrichten über Zwischenfälle in Bilbao und Barcelona sind völlig falsch. In jenen Lande herrscht vollkommene Ruhe. Im Lohnstreit in den Bergwerksbetrieben von Asturien ist es zu einer Einigung gekommen. Die Wiederaufnahme der Arbeit steht unmittelbar bevor.

Gemeinde-Rundschau

Die Erwerbslosen im Amtsbezirk Mannheim. — Laut Mitteilung des Statistischen Nachrichtenamts betrug die Zahl der beim Arbeitsamt Mannheim gemeldeten Arbeitsuchenden am 12. Oktober d. J. 8 577 (hier von 5 282 männlich), davon entfallen 7 345 Personen auf den Stadtbezirk. Von diesen Erwerbslosen werden 2 262 von der Erwerbslosenfürsorge und 1 294 von der Krisenfürsorge unterstützt. Da am 5. Okt. die Zahl der Arbeitsuchenden auf 8 447 sich belief, ist eine Erhöhung um 110 eingetreten.

Autoverbindung Redargemünd-Obag (Odenwald). Die Vorbereitungen zur Schaffung einer Autoverbindung zwischen Redargemünd-Obag im kleinen Odenwald sind soweit vorgeschritten, daß in absehbarer Zeit mit der Eröffnung dieser neuen Linie gerechnet werden dürfte.

In der letzten Völkerverkehr Stadtratssitzung hat sich Oberbürgermeister Dr. Gugelmeier bereits von seinen Stadträten verabschiedet, wobei ihm für die während 21 Jahren der Stadt geleisteten wertvollen Dienste der Dank ausgesprochen wurde. Hierauf stand die Platzfrage für das neue Krankenhaus in Völkerverkehr zur Debatte. Nach Anhörung des Sachverständigen, Prof. Dr. Grober aus Jena, wurde vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses beschlossen, das Krankenhaus im Gebiet nördlich der Gretherstraße zu erstellen. Von der Ausschreibung eines Wettbewerbes soll abgesehen werden. Weiter genehmigte der Stadtrat den Entwurf eines Konzeptionsvertrages zwischen den Bezirksverband für die Gas- und Elektrizitätsversorgung und dem Kraftübertragungsamt Rheinfelden über Elektrizitätsversorgung. Auch dieser Beschluß unterliegt der Genehmigung durch den Bürgerausschuß.

Der Bürgerausschuß Biberach (Amt Wolfach) genehmigte einen außerordentlichen Holzschlag von 260 Fektmetern, dessen Erlös zur Errichtung eines Volkshauses und zur Anschaffung einer mechanischen Feuerwehreiler verwendet werden soll. Es wurde auch die Anregung gegeben der Anschaffung einer Motorpumpe näherzutreten.

Der Voranschlag der Gemeinde Salem für 1921/22 sieht Einnahmen in Höhe von 11 500 M und Ausgaben in Höhe von 36 800 M vor, so daß ein Fehlbetrag von 25 300 M durch die Umlage gedeckt werden muß. Der Bürgerausschuß hat die Erhöhung des Steuerfußes von 54,8 Pf auf 78 Pf genehmigt. Für die Unterhaltung der Straßen mußten 14 600 M ausgeworfen werden, also 6000 M mehr, als im vorigen Jahre.

Badischer Teil

Unterrichtsminister Leers zur Schulfrage

Der demokratische „Generalanzeiger für Süddeutschland“ veröffentlicht den Inhalt einer Aussprache, die ein Mitglied der Redaktion mit dem badischen Unterrichtsminister Leers über dessen persönliche Auffassung der Schulfrage hatte. Darnach hat der Minister erklärt, daß die Bedeutung des Reichsrates in der Bevölkerung noch nicht überschätzt werde. Trotz der Abstimmung im Reichsrat liege heute der unveränderte Keudelsche Entwurf dem Reichstage vor. Er, der Minister, sei nach wie vor ein entschiedener Befürworter der badischen Simultanschule. Die Entscheidung liege jetzt beim Reichstag. Sollte im weiteren Lauf der Dinge Baden ausschlaggebend über das Schicksal der Simultanschule zu entscheiden haben, so werde er sich für nichts anderes als für die Erhaltung der badischen Simultanschule einsetzen und seine Stimme geben. Die kommende Landesversammlung, so schloß der Minister, werde ihm die gewünschte Gelegenheit geben, seinen Standpunkt eingehend darzulegen.

Baden im Winterluftverkehr

Im internationalen Streckenflugdienst für die Wintermonate sind in den Flugplan u. a. auch folgende Linien aufgenommen: Zürich—Stuttgart—Mannheim—Frankfurt und Basel—Karlsruhe—Mannheim—Frankfurt für die Zeit vom 17. Oktober bis 5. November 1927 und vom 6. Februar bis 15. April 1928. Alle für den Winterverkehr benutzten Flugzeuge sind mit Kabineheizungsrichtungen versehen.

Die Elektrifizierung der Nebenbahn Mannheim—Heidelberg

Die Arbeiten zur Elektrifizierung der Nebenbahn Mannheim—Heidelberg sind in vollem Gange und man glaubt, den elektrischen Betrieb in diesem Jahre noch auf der Teilstrecke Mannheim—Sedenheim aufnehmen zu können. Von Sedenheim bei Wieblingen müssen die Gleise neu gelegt werden und zwar südlich von den alten. Neue Bahnhöfe werden in Sedenheim und Ebingen gebaut und sind bereits in Angriff genommen. Die idyllische Wimmelbahn, deren Fahrt entlang dem Neckar besonders im Frühling und Sommer eine Freude für den Naturfreund war, wird nun bald der Vergangenheit angehören.

Forstbotanischer Ausflug

Ed. Weinheim, 19. Okt. Die heffischen, badischen und rheinisch-pfälzischen Forstmänner unternahmen gestern vormittag auf Einladung der Gruppe II, Heidelberg, des Badischen Forstvereins einen gemeinsamen forstbotanischen Ausflug in das Birkenauer und Wallstädter Tal. Vom Bahnhof Weinheim aus fuhren die etwa 40 Forsträte mittels Sonderpostautos über das Birkenauer durch das Wallstädter Tal und stiegen dann zu Fuße zum Büdingener Höhenrücken hinauf. Von dort aus wurde eine forstbotanische Studienwanderung durch den heffischen Forstbezirk Birkenau und durch den badischen Forstbezirk Weinheim zum Wachenberge unternommen. Im Gasthaus der W. S. C. Wachenburg wurde dann das gemeinsame Mittagessen eingenommen, wobei Oberbürgermeister Hügel an die Gäste freundliche Begrüßungsworte richtete. Nach mehrstündigem gemühtlichem Beisammensein marschierte man hinunter nach Weinheim, von wo aus die Heimfahrt angetreten wurde.

Aus dem 10. badischen Turnkreis

In Derolzheim bei Freiburg versammelten sich am Sonntag, den 23. Oktober 1927 die Kreis- und Gaubeamten des 10. Kreises (Baden), um Rückschau und Ausschau über die Arbeit zu halten. Die in der „Bad. Turnzeitung“ gedruckt vorliegenden Jahresberichte der Kreisbeamten zeugen von fleißiger erfolgreicher Arbeit in Kreis, Gau und Vereinen. Es wurden zwei Lehrgänge für Männer- und Jugendturner abgehalten, die Frauenwarte übten in einem 5-tägigen Lehrgang die neuen Formen, im Volksturnen gab es neben der Teilnahme an Stadion-Lehrgängen noch Gelegenheit in besonderen Lehrgängen sein können zu vervollkommen. Auch die Spieler, Schwimmer und Fechter vereinigten sich zu eifriger Lehrgangsarbeit und für die Presse sind solche für den Winter in Aussicht genommen. Aber aller Arbeit stand aber das große Ziel: Vorbereitung für das deutsche Turnfest in Köln 1928 zu leiten. Auch der Geldwart kann Erfreuliches über die Kreisstaffe berichten. Segensreich wirkte die Kreisunfallkasse, welche für 563 Unfälle über 14 000 M ausbezahlte. Da die Geschäfte der gesamten Kreisleitung zusehends wachsen, denkt man an die Errichtung einer Kreisgeschäftsstelle.

Die Pressa-Köln

Der Vorstand des Vereins süddeutscher Zeitungsverleger Baden und Pfalz, hat einstimmig beschlossen, sich an der vom Mai bis Oktober 1928 in Köln stattfindenden Internationalen Presseausstellung, der sog. Pressa, durch eine Kollektivausstellung zu beteiligen. Eine hierfür eingesetzte Kommission hat bereits ihre Arbeiten aufgenommen, und es darf erhofft werden, daß unter einseitiger Führung und unter dem Zusammenwirken der berufenen Stellen des Staates, des Vereins und anderer daran interessierter Kreise eine der badisch-pfälzischen Presse würdige Ausstellung zustande gebracht werden wird. Wie wir hören, geht das Interesse über den Kreis der unmittelbar an der Ausstellung Beteiligten erheblich hinaus. Dies kann zum guten Gelingen der Sache nur äußerst erwünscht sein, damit die gesamte deutsche Tagespresse, speziell aber die süddeutsche Presse mit ihrer eigenartigen Struktur, eine ihrer Bedeutung würdige Vertretung auf der „Pressa“, an der sich bekanntlich auch das gesamte Ausland in hervorragendem Maße beteiligen wird, erhält.

Doppelstüde der Steuererklärungsformulare

Bisher war es für den Steuerpflichtigen mit gewissen Schwierigkeiten verknüpft, ein Doppelstück der Steuererklärungsformulare vom Finanzamt zu bezugswecken zu erhalten. Auf Antrag der Berufsvertretung des Einzelhandels hat jetzt der Reichsfinanzminister die Finanzämter angewiesen, ohne weiteres Vordrucke zu Einkommen-, Körperschaft-, Umsatz- und Vermögenssteuererklärungen in zwei Stücken den Steuerpflichtigen zuzuführen, welche dies bei dem zuständigen Finanzamt ein für allemal beantragen.

Zagungen

Landesversammlung der Landeskirchlichen Vereinigung. Am 1. und 2. November findet in Rastatt die Landesversammlung der Landeskirchlichen Vereinigung deren erster Vorsitzender Universitätsprofessor Dr. Tremmel in Heidelberg ist, statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. auch die Neuwahl des Vorstandes.

Verbesserung der Straße Seeburg-Häusern-St. Blasien. Die Straße von Häusern nach Seeburg erfährt zur Zeit ganz bedeutende Verbesserungen. Es werden auf der Bergseite die Felsen gesprengt und die Straße um 150 Meter bis 2 Meter breiter gebaut. Damit das Ausschwenmen der Straße, das hauptsächlich zur Winterzeit erfolgt, behoben wird, werden auf der ganzen Straße auf der Bergseite Rinne eingebaut, deren Wasser durch Abflusshöhren, die unter die Straße eingelegt werden, abfließt. Ebenso werden die nicht kleinen Kurven bis Titisee erheblich ausgebaut und die Straße innerhalb der Kurven um das Doppelte erweitert.

Der Bürgerausschuß Reutstadt i. Schw. beriet gestern den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1927/28, der mit 51 gegen 10 Stimmen angenommen wurde. Der ungedeckte Aufwand beträgt 104 360 RM. Die Umlage wurde für das Grundvermögen auf 76 Pf., für das Betriebsvermögen auf 80 Pf. und für den Gewerbeertrag auf 5,70 M festgesetzt. Genehmigt wurden weiter die Aufhebung der Feuererschuldenabgabe, der Bau eines Wohnhauses beim Wasserwerk, an Stelle des durch Brand zerstörten Gebäudes, wozu ein restlicher Betrag von 10 000 RM durch Kapitalaufnahme zu decken ist, ferner der Einbau von Schulfällen in die Realschule, wodurch Kosten von 18 000 RM entstehen, die Erweiterung der Wasserleitung in der Farbe, wofür eine Kapitalaufnahme von 20 000 RM erforderlich wird, und die Erweiterung der Wasserleitung nach Holzlebrun usf.

Besucherzahlen badischer Kurorte. Die Besucherzahl der Kurorte belief sich in Baden-Baden bis zum 13. Oktober auf 83 360. In Badenweiler wurden in der Zeit vom 1. Januar bis 14. Oktober 9 984 Kurgäste, darunter 1211 Ausländer und 1348 Passanten gezählt.

Aus der Landeshauptstadt

Die „Kola“, Einkaufsgenossenschaft Karlsruher Kolonialwarenhändler e. G. m. b. H., hielt dieser Tage eine außerordentliche Halbjahresgeneralversammlung ab. Der Vorstand der Genossenschaft, Herr Kaufmann Ludwig Bühler, gab Aufschluß über die Tätigkeit der Betriebe im ersten Halbjahr 1927. Danach hat das Geschäft auch im vergangenen Halbjahr eine gute Aufwärtsbewegung gezeigt. Die Zahl der Mitglieder ist erneut gestiegen und ebenso weisen die Umsätze einen nicht unbeträchtlichen Fortschritt auf. Als weiterer wichtiger Punkt stand die Umfirmierung der „Kola“ unter engerer Anpassung des neu zu wählenden Namens an den Gebrauchsverband auf der Tagesordnung. Herr Eschering, Mitglied des Aufsichtsrates, erläuterte die Notwendigkeit und den Zweck der Umfirmierung. Der Gebrauchsverband kaufmännischer Genossenschaften genießt mit seinen über 35 000 Mitgliedern hohes Ansehen im Reich, seine prägnante Bekanntheit lassen den Namen „Edela“ mehr und mehr bei den Verbrauchern bekannt werden. So liegt es zweifellos im Interesse der „Kola“ in der Umfirmierung auch nach außen hin sofort die engen Beziehungen erkennen zu lassen, die zwischen der „Kola“ und dem Gebrauchsverband — welcher letzterem Verband die „Kola“ seit rund 20 Jahren bereits angehört — bestehen. Die Umfirmierung wurde ab 1. Januar 1928 beschlossen. Als neuer Name wurde für die „Kola“ die Umfirmierung „Edela“ Großhandel Karlsruhe e. G. m. b. H. gewählt.

Colosseum-Theater Karlsruhe. Der großzügige, gründliche Umbau des Colosseum-Theaters ist, wie uns geschrieben wird, nunmehr soweit fortgeschritten, daß der Eröffnungstermin definitiv für den 29. dieses Monats angelegt werden konnte. Das Haus ist zu einem wahren Schmuckstück umgewandelt worden und darf wohl als einer der schönsten Theaterbauten Süddeutschlands angesprochen werden. Direktor Kistner befand sich in Berlin um dort einen Abschluß für das Eröffnungsprogramm zu machen.

Das Karlsruher Schwurgericht beschäftigte sich am Dienstag mit dem in der Nacht zum 26. Mai d. J. (Himmelfahrtstag) im Reckurthotel bei Baden-Baden entzündeten Großfeuer. Es war ein Gebäudeschaden von rund 15 000 RM und ein Fahrnißschaden von etwa 12 000 RM entstanden. Es entstand sofort der Verdacht der Brandstiftung und es wurde bereits

am anderen Tage der frühere Hausbesitzer des Reckurthotels und zuletzt im Hotel Rehmer in Baden-Baden als Silberputzer beschäftigte 19-jährige Erwin Zimmermann aus Reutlingen verhaftet. Dieser hatte sich nun wegen Brandstiftung zu verantworten. Im Gegensatz zu einem anfänglichen Geständnis, wollte er sich an den kritischen Moment, da er mit einem Streichholz Kisten und Stroh im Keller anzündete, nicht mehr erinnern können. Aus der Beweisaufnahme ergab sich, daß der Angeklagte an dem genannten Tage gestrunken war und vor seinem Begehen zu einzelnen Zeugen Bemerkungen machte, wie „er stelle etwas an!“ und „er gehe auf den Reckur, der heute Nacht noch in Flammen stehen müsse; er (Z.) wolle ein berühmter Mann in Baden-Baden werden!“ Der medizinische Sachverständige, Medizinalrat Dr. Schönic, bezeichnet den Angeklagten als erblich belasteten Psychopathen mit abnormer Empfindlichkeit gegen den Alkohol. Von einer krankhaften geistigen Störung, die zu der Anwendung des Schusses des § 51 berechtigte, könne jedoch keine Rede sein; die Persönlichkeit des Angeklagten lasse aber Widerstandsgründe zu. Bei Zimmermanns Verhalten spielte zweifellos der Rachegeiz eine Rolle. Der Angeklagte erhielt eine Zuchthausstrafe von 1½ Jahren, wozu 6 Monate der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet werden.

Badisches Landestheater. Für das am heutigen Donnerstag, den 20. und Freitag, den 21. Oktober stattfindende Gastspiel des hebräischen Künstlertheaters „Habima“ werden besondere Programmpunkte mit genauer Inhaltsangabe der aufgeführten Werke „Dybu“ und „Golem“ zur Ausgabe gelangen und zum Preise von 20 Pf. an der Tageskasse, wie abends, in der Vorkasse des Theaters erhältlich sein.

Konzerthaus. Spiel im Schloß am 23. Oktober zum ersten Male. Franz Molnar gehört schon lange zu den Autoren, die der Bühne die besten Konversationsstücke geben. Nun ist ihm mit seiner Anekdote „Spiel im Schloß“ abermals ein Werk gelungen, das ihn mit einem Male zum meistgespieltesten Autor der deutschen Bühne macht. Gerade in diesen Tagen lüftet Berlin die 150. Aufführung dieses spritzigen Ungarsspiels an. Fein pointiert, durchdringt mit leichtgeschürzten Aphorismen, fließt sein Dialogspiel dahin. Eine Anekdote, die sich aus dem Leben hinderspült zum Theater und aus der Welt des Scheines wieder zurück in die Realität des Alltags.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Baden hatte gestern meist trodenes und mildes, aber wolfiges Wetter. In den Alpenvorländern ist es zur Ausbildung eines kleinen Teilhochs gekommen, unter dessen Einfluß bei uns allgemeine Aufbebung eingetreten ist. Auf der Rückseite eines heute über dem Baltikum liegenden Tiefdruckgebietes ist kalte Luft bereits bis zur Nordsee vorgebrungen und wird voranschreitend auch bei uns Abkühlung hervorgerufen. Niederschläge sind vorerst nicht zu erwarten. Voraussichtliche Witterung für 21. Okt.: zeitweise heiter, meist trocken, etwas kühl.

Kurze Nachrichten aus Baden

Oberschellenz, 19. Okt. Altbürgermeister Andreas Knecht, der mit seinen 83 Jahren in völliger geistiger und körperlicher Gesundheit seine bürgerlichen Geschäfte versieht, ist der älteste Altbürgermeister des Bezirks Rosbach. 45 Jahre lang leitete er die Geschäfte des hiesigen Ortes. Er machte den Krieg 1866 mit.

D3, Ettenheim, 19. Okt. Die Gleislegung der im Bau befindlichen Bahnstrecke Mönchweiler-Ettenheimmünster ist nahezu beendet, so daß mit der baldigen Inbetriebnahme zu rechnen ist.

D3, Allerheiligen, 19. Okt. Der Badische Schwarzwaldberein veranstaltete am letzten Oktoberfesttag am Gedenkmal bei Allerheiligen für seine im Weltkriege gefallenen Angehörigen einen Totengedenktag.

Titisee, 19. Okt. Die höchstgelegene Station der Deutschen Reichsbahn ist der Bahnhof Bärental in 966 m im Schwarzwald. — Der Schwarzwald besitzt 24 von den 30 über 1000 m hoch gelegenen deutschen Kurorten.

D3, Mühlheim, 19. Okt. Der Landrat Dr. Pfäfer, der zwecks Umzugs nach Konstanz beurlaubt war, wurde heute Mittag beim Rathaus von einem von hinten kommenden Auto erfasst, zu Boden geworfen und gefesselt. Der Führer des Wagens, eine Dame aus der Umgegend, gelang es erst nach einigen Metern, den Wagen zum Stehen zu bringen. Dr. Pfäfer wurde in seine Wohnung gebracht, wo festgestellt werden konnte, daß keine ernstlichen Verletzungen vorliegen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	20. Okt.		19. Okt.	
	Setz	Brick	Setz	Brick
Amsterdam 100 G.	168,31	168,65	168,08	168,42
Kopenhagen 100 Kr.	112,19	112,49	112,05	112,27
Italien . . . 100 L.	22,885	22,925	22,855	22,895
London . . . 1 Pf.	20,383	20,423	20,358	20,398
Newyork . . . 1 D.	4,1835	4,1915	4,1790	4,1870
Paris . . . 100 Fr.	16,425	16,465	16,40	16,44
Schweiz . . . 100 Fr.	80,71	80,87	80,62	80,78
Wien 100 Schilling	59,05	59,17	58,97	59,09
Prag . . . 100 Kr.	12,403	12,423	12,387	12,408

Konkurs Ober. Simmlsbach A.-G. Freiburg. Die auf Montag, den 24. Okt., anberaumte Gläubigerversammlung ist durch Gerichtsbeschluß auf Montag, den 7. November, vormittags 11 Uhr vertagt worden.

Staatsanzeiger

Erste juristische Prüfung im Spätjahr 1927.

Auf Grund der im Spätjahr 1927 abgelegten ersten juristischen Prüfung sind folgende Rechtskandidaten zu Referendaren ernannt worden:

Altenstetter Josef aus Reichenbach, Bader Karl Siegfried aus Waldau, Baer Herbert aus Untergrömbach, Beder Karl aus Untergrömbach, Benz Eugen aus Donauwörth, Birlinger Albert aus Freiburg, Ehrlich Alexander aus Frankfurt a. M., Freiberger von Gemmingen-Bornberg, Hans Dieter aus Neckarzimmern, Dr. Grein Josef aus Nauenburg, Greis Alwin aus Radolfzell, Günther Otto aus Fringen, Hilbrandt Heinz aus Mannheim, Himmelmann Otto aus Neckarhäuserhof, Hurst Karl aus Hammesweiler, Kiefer Wolf aus Freiburg, Dr. Krämer Albert aus Karlsruhe, Krieg Hermann aus Offenburg, Kuschbach David aus Magdeburg, Meisinger Heinrich aus Bonneweh, Münzer Friedrich aus Mannheim, Münzer Siebert aus Mannheim, Neumann Konrad aus Karlsruhe, Schiffereder Otto aus Gerbach, Schmitt Richard aus Mannheim, Stamm Albert aus Mannheim, Trautmann Fritz aus Ettlingen, Vialon Friedrich Karl aus Frankfurt a. M., Volbeding Wolfgang aus Dorningen, Weindel Gerhard aus Mannheim, Weindel Wolfgang aus Mannheim.

Karlsruhe, den 15. Oktober 1927.

Der Justizminister:
Trunk

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern übernommen:
Gendarmeriewachmeister Josef Flais in Laß als Kriminalassistent.
Entlassen zwecks Übertritts in den Gerichtsvollzugsdienst:
Gendarmeriewachmeister Julius Seckel in Ettlingen.

Soeben ist erschienen:

Karl Anton Prinz Rohan

Moskau

Ein Skizzenbuch aus Sowjetrußland

150 Seiten Brosch. 3 RM, Leinen 4 RM.

Moskau ist der Sitz einer Bewegung, die die ganze Welt erfasst hat, vor der die Besitzenden zittern, die den Staatsmännern und Wirtschaftsführern Europas Sorge macht. Entstellungen der Propaganda, Anklagen der Gegenpropaganda, verdunkeln die Wirklichkeit. Ein objektives, von einem geistigen Menschen, dessen Herkunft und bisherige Leistung ruhige Beurteilung verbürgt, geschriebenes Buch tat not. Der Herausgeber der „Europäischen Revue“ Prinz Rohan gibt keine eigentlich politische Darstellung. Indem er die philosophische, soziologische, künstlerische, rechtliche Situation des neuen Rußland schildert, umreißt er das neue Weltbild, spürt er die sittlichen Kräfte auf, die hinter dem Bolschewismus stehen. Diese muß der Europäer vor allem kennen, wenn er der russischen Gefahr wirksam entgegenzutreten soll; denn auf ihnen beruht die seltsam magische Anziehungskraft, die das russische Experiment auf unsere Massen ausübt. Das Buch bietet reichsten Stoff; Theater, Musik, Kunst, Museen, Menschentypen, Städte, Landschaften, Staat und Gesellschaft, Atmosphäre und Lebensrhythmus, Probleme der russischen Innen- und Außenpolitik — dies alles ist gestaltet. Mit starker Spannung folgt der Leser den Wegen dieser Reise — und lernt endlich Rußland aus realistischen, objektiven Schilderungen kennen.

VERLAG G. BRAUN IN KARLSRUHE

Unterzeichneter erbittet:

Prinz Rohan: MOSKAU

Brosch. 3 RM.

Leinen 4 RM.

Name:

Ort und Straße:

Dieser Schein ist nach Ausschneiden im Umschlag an eine Buchhandlung oder den Verlag zu senden

Druck G. Braun, Karlsruhe

Reformhaus
O. HANISCH
Reformartikel aller Art
KARLSRUHE i. B.
Kaiserstr. 32 - Telefon 876

Ludwig
Schweisgut
Karlsruhe i. B.
Kaiserstr. 32
Flügel
Pianos 724
Harmoniums
Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Leser Bücher
Wissen zu Macht!

Verwaltungs-
Ratsschreiber

Die Gemeinde Badenweiler sucht infolge Erkrankung des Stelleninhabers, zur Ausschilfe, zum sofortigen Eintritt einen jüngeren, unverh., Ratsschreiber. G. 789. Berufsmäßige, in allen Zweigen der Gemeindeverwaltung, des Rechnungswesen- und Grundbuch-

wesens durchaus erfahrene Bewerber, welche schon längere Zeit selbständig gearbeitet haben, wollen ihre Gesuche unter Anschluß eines Lebenslaufes, der Dienstzeugnisse und des Gehaltsanpruches an unterzeichnetes Bürgermeistertum einreichen.
Badenweiler, 19. 10. 27.
Bürgermeisteramt.

5,90 km Bettungserneuerung zwischen den Stationen Schliengen und Rheinweiler in 2 Losen nach der Verbindungsordnung für Bauleistungen Ausgabe 1926 zu vergeben. Bedingnisheft und Angebotsvorbrude liegen bei dem Reichsbahnbauamt und Bahnmesserei Schliengen auf. Angebote längstens bis zum Eröffnungstermin Donnerstag, den 27. Okt. 1927, 11½ Uhr, postfrei mit Aufschrift Bettungserneuerung einzureichen. Zuschlagsfrist 10 Tage.
19. 10. 1927. G. 772.
Reichsbahnbauamt.

Bühl. G. 770.
Güterrechtsregister Bd. I Seite 232. Futterer, Hermann, Arbeiter in Lauf, und Anna geb. Mundinger. Vertrag vom 24. 9. 1927. Gütertrennung.
Bühl, 14. 10. 1927.
Amtsgericht.

überlingen. G. 771.
Güterrechtsregister Bd. II Seite 232. Roth, Josef, Gärtner in Überlingen, und Kunigunde geb. Degelmann. Vertrag vom 10. Oktober 1927. Gütertrennung. 17. 10. 1927.
Badisches Amtsgericht Überlingen.

Badisches Landestheater
Freitag, 21. Oktober 1927
Außer Wiede
Gastspiel des hebräischen Künstlertheaters „Habima“

Der Golem
von G. Reinif
Regie: D. Berschtolow
Musik: M. Riner
Maler: F. Riwinski
Rabbi Löw Tschemerinski
Rabbinerin Binjat
Deborah Kobbins
Tanchum Ben-Chaim
Der Golem Meftin
Greis Fridland
Jüngling Nowina
Taddäus Vertonoff
Mönch Binjat
Bethausdiener Brud
Roter Paraf
Hoher Barfchauer
Kranke Frudfin
Blinde Zudelewisf
Alle Paduit
Mädchen Faktorowitsf
Frau mit Kind Binjat
Junge Frau Edelmann
Wahnsinnige Fudalowa
Wutiger Lubitsf
Vater Ben-Chaim
Eigentliche Leitung:
F. Rubinsfain
Musikalische Leitung:
G. Kompaneck
Anfang 7½, Ende 10¼,
I. Rang und I. Sperrfif
6 RM.
Sa. 22. Okt.: Die verkaufte
Braut. So. 23. Okt., nachmittags: I. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige:
Fra Diavolo. Abends: Boris
Godunow. Im Konzerthaus:
Zum erstenmal:
Spiel im Schloß.